



<https://biz.ii/2zrdc>

REGIONSVERWALTUNG PLANT VERLÄNGERUNG DES 365-EURO-TICKETS

Veröffentlicht am 11.11.2024 um 17:32 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Die Regionsverwaltung hat Pläne vorgelegt, wie das 365-Euro-Ticket ab 2025 preislich gehalten werden kann. Notwendig geworden waren die Überlegungen, nachdem die Verkehrsministerkonferenz gemeinsam mit dem Bundesverkehrsministerium den Preis für das Deutschlandticket von 49 Euro ab 1. Januar 2025 auf 58 Euro angehoben hat. Die Region Hannover hatte Mitte 2022 zunächst für Inhaber*innen der Ehrenamtskarte das 365-Euro-Ticket in Kombination mit dem Deutschlandticket angeboten. Im Mai 2023 hatte die Regionsversammlung den Weg freigemacht für ein deutschlandweit einzigartiges Job- und Sozialticket als 365-Euro-Variante und teilweise sogar als 0-Euro Variante. Dabei hatte die Region Hannover die Betriebsgröße der Unternehmen stark heruntersetzt, sodass seitdem Unternehmen, in denen der Arbeitgebende mindestens eine weitere Person beschäftigt, Jobtickets anbieten können – zuvor ging dies erst ab 50 Mitarbeitenden. Vor Einführung der 365-Euro-Varianten hatten rund 40.000 Menschen ein Jobticket – im GVH-Geltungsbereich. Aktuell bieten 2.557 Unternehmen das Jobticket auf Basis des Deutschlandtickets, davon 1.106 die 365-Euro-Variante, vor Einführung des 365-Euro-Tickets der Region Hannover waren es 172 Vertragspartner. Regionspräsident Steffen Krach: "Durch die Zuschüsse zum Jobticket fahren in der Region Hannover mittlerweile fast 72.000 Menschen für einen Euro und weniger am Tag mit dem ÖPNV durch Deutschland. Das ist ein absolutes Erfolgsmodell und es ist uns stark daran gelegen, daran festzuhalten. Wir haben in den vergangenen Wochen alle Hebel in Bewegung gesetzt, um weiterhin verlässliche Preise anbieten zu können. Nun können wir der Regionspolitik einen Vorschlag unterbreiten, der aus meiner Sicht eine sehr gute Lösung bietet. Für die Menschen in der Region Hannover ist das 365-Euro-Ticket mit deutschlandweiter Gültigkeit eine echte finanzielle Entlastung und ein Motor für die Verkehrswende. Diesen Standard möchten wir gerne halten." Die Pläne sehen vor, dass die Region Hannover sich künftig mit einem Euro mehr als bisher pro Ticket an den Mehrkosten beteiligt (4,90 Euro statt bisher 3,90 Euro), der GVH seinen Rabatt um 45 Cent erhöht (2,90 Euro statt bisher 2,45 Euro). Die restlichen Mehrausgaben von 7,55 Euro übernehmen die teilnehmenden Unternehmen. Die Mehrkosten für das D-Ticket Hannover Sozial sowie das D-Ticket Hannover-Ehrenamt übernimmt die Region Hannover vollständig, die Mehrkosten für das D-Ticket Hannover Job 100 müssen von den Unternehmen eigenständig getragen werden. Gleichzeitig wird weiter daran gearbeitet, ein vergünstigte Deutschlandticket-Variante der Jugendnetzkarte anzubieten. "Als Region Hannover stehen wir in dem Zwiespalt, einerseits verantwortungsvoll mit unseren eigenen Haushaltsmitteln umzugehen, andererseits weiterhin aktiv in verlässliche Mittel zu einer Verkehrswende zu investieren. Bezahlbare Mobilität ist ein Schlüssel zu Teilhabe und Verkehrswende", so Regionspräsident Steffen Krach weiter. Verkehrsdezernent Ulf-Birger Franz ergänzt: "Wir haben unterschiedliche Varianten und Modelle geprüft und halten diesen Vorschlag für den bestmöglichen Weg. Für ArbeitnehmerInnen bleibt der Preis stabil, für ArbeitgeberInnen bleibt eine Gesamtbeteiligung von unter 20 Euro pro Ticket. Eine weiterhin gute Möglichkeit, die Mitarbeitenden an das Unternehmen zu binden und gleichzeitig einen aktiven Beitrag zur Nachhaltigkeit beizutragen. Das D-Ticket als Jobticket bleibt damit weiterhin das attraktivste und einfachste Nahverkehrsabo, das es gibt." Für die Region Hannover würden bei gleichbleibender Buchung der Deutschlandtickets nach Prognosen Mehrkosten von rund 2,2 Millionen entstehen. Regionspräsident Steffen Krach: "Das ist gerade in Zeiten eines Haushaltssicherungskonzeptes eine Menge Geld, aber wir sind davon überzeugt, dass es gut angelegt ist." Über den Vorschlag der Regionsverwaltung wird am 26. November im Verkehrsausschuss diskutiert und abgestimmt. Findet er eine Mehrheit, wird er am 17. Dezember der Regionsversammlung vorgelegt und dort entschieden.